

I Einige Genealogien der Globalisierung

Es gibt keine Geschichte der Globalisierung, weil die Globalisierung kein Objekt ist. Sie ist eher zu beschreiben als ein Knotenpunkt, an dem diverse disparate Entwicklungsstränge von Prozessen, die nur wenig miteinander verbunden sind oder gar nichts miteinander zu tun haben, zusammengetroffen sind. Sie sind nicht zusammengetroffen, weil sie zusammengehörten, sondern weil der Zufall sie aufeinander zutrieb.

Kurzum: Genealogie setzt voraus, dass es verschiedene historische Prozesse gibt, die als einzelne Stränge sich zu bestimmten Zeitpunkten und bestimmten Konjunkturen miteinander verbinden und neue gesellschaftliche Verhältnisse bilden, die sich durch Merkmale auszeichnen, die wir heute mit Globalisierung bezeichnen.

Richtig ist, dass wir eine Reihe dieser Merkmale bereits mehr als 100 Jahre zuvor antreffen – in der Zeit vor 1914. Richtig ist aber auch, dass es eine Reihe von neuen Merkmalen gibt, die dem heutigen Prozess seine Besonderheiten verleihen. Damals wurde Globalisierung auch mit dem Begriff des Imperialismus¹ umfasst

Die heutige Form der Globalisierung ist das Ergebnis des Zusammenspiels mehrerer Prozesse:

- Entwicklung eines relativ freien Geld-, Waren- und Kapitalverkehrs
- Verschärfte Konkurrenz auf dem Weltmarkt
- Die Ideologie des Neoliberalismus
- Der Wettbewerbsstaat
- Kontrolle der Migration von Arbeitskräften
- Ungleiche Entwicklung

1. Freier Geld- und Kapitalverkehr

Die freie Marktwirtschaft verlangt niedrige Schranken für Ausländische Direktinvestitionen. Ein Kapitalist aus den USA, der in China investieren will, wird dies im Allgemeinen nur tun, wenn er nicht jahrelange Verhandlungen mit Behörden führen muss, wenn er also ohne relevante Auflagen frei entscheiden kann, ob er die Gewinne aus dem Geschäft im Land reinvestiert oder sie repatriieren kann.

Der freie Kapitalverkehr war keineswegs immer gewährleistet. Kapitalverkehrskontrollen sind bis heute beliebtes Modell politischer Kontrolle. Sie werden auch z.B. in China noch praktiziert, um zu hohe ausländische Kapitalimporte in strategischen Bereichen zu verhindern. In der Folge der Etablierung des Bretton-Woods-Systems 1944 waren Kapitalverkehrskontrollen das omnipräsente Instrument, um unkontrollierbare Zu- und Abflüsse von Kapital infolge von wirtschaftspolitischen Veränderungen zu verhindern (Finanzspekulationen, Kapitalflucht etc.) und die Währungen zu stabilisieren. Das System war eine geordnete und beschränkte Konkurrenz der Satelliten um die USA herum. Entstanden war es aus der Übereinkunft der westlichen Alliierten zur Nachkriegsordnung. Federführend dabei waren Einschätzungen zur Entstehung der Weltwirtschaftskrise 1929 (u.a. auch dem Einfluss von J.M. Keynes geschuldet), die immer wieder Fragen zur Instabilität und fehlenden Regulierung des Finanzsystems der Vorkriegszeit reflektierten. Es galt in Zukunft diese Instabilitäten zu verhindern, denn allgemein wurden sie als Steigbügel für den Masseneinfluss der Nationalsozialisten, die politischen Erschütterungen und die Massenarmut der 30er Jahre in ganz Europa und den USA angesehen. Der New Deal² in den USA der 30er Jahre wurde zur Blaupause des sozialdemokratischen Sicherheitsstaates im Europa der Nachkriegszeit.

¹ Zu unterscheiden vom Begriff des Imperialismus, der den Kolonialismus beschreibt und dieser Periode durch spätere Historiker gegeben wurde.

² Reformen Roosevelts, die Vorstufen des Sozialstaates, gerechtere Einkommensverteilung, Hilfen für Arme beinhalteten. Ein neuer Klassenkompromiss.

Die USA der Nachkriegszeit hatten das höchste BSP, die produktivste Maschinerie und ihre Währung war die internationale Leit- und Ankerwahrung. Bis Ende der 60er Jahre erhielten sie allerdings wachsende Konkurrenz durch westeuropäische Nachzügler und Japan. Um auf den internationalen Märkten weiterhin die führende Rolle von US-Waren zu verteidigen hätte es einer Anpassung der Währungsrelationen, also der Wechselkurse bedurft. Eine Abwertung des Dollar hätte mancher Branche in den USA geholfen. Da genau diese Anpassung der Wechselkurse das starre Bretton-Woods-System radikal infrage stellte, blieb nur die Alternative der freien Wechselkurse, also eines transatlantischen Währungssystems, das sich den Anforderungen der Märkte und den Richtungsentscheidungen der nationalen Wirtschaftsministerien anpasste. Die Bildung von Offshore-Finanzmarkten³ im Zuge der Ölkrise Anfang der 70er Jahre und im Gefolge der ersten Nachkriegsrezession 1965/66 konterkarierten die Währungs- und Kapitalverkehrskontrollen bereits zehn Jahre vor dem Ende des Bretton-Woods-Systems. Sie waren Ausdruck dafür, dass die Kapitalanlagen in den kapitalistischen Zentren Westeuropas und Nordamerikas den Investoren nicht mehr rentabel genug erschienen. Auf diesen Offshore-Finanzmärkten sammelten sich Gelder, die vor allem in den traditionellen kapitalistischen Industriestaaten nicht mehr als Kapital profitabel genug angelegt werden konnten und nun auf die globale Standortsuche gingen. Die BRD, Kanada und die Schweiz beseitigten die Verkehrskontrollen 1973, Großbritannien, die USA und Japan folgten. 1978 wurde das Bretton Woods System offiziell beerdigt.

Die darauf folgende Flexibilität der Wechselkurse war keine logische Folge wirtschaftlicher „Sachzwänge“, sondern Resultat veränderter Kräfteverhältnisse: Sie bedeutete eine Aufgabe der politischen Kontrolle der Wahrungsbeziehungen und damit auch eines Standbeins der Wirtschaftspolitik. Die politische Regulierung, die Kontrolle der Wahrungsstrome, ein Herzensanliegen politischer Führer, wurde unter dem Druck des Finanzkapitals aufgegeben. Die Aufgabe der Kontrolle war verbunden mit einer klaren Unterwerfung unter das Finanzkapital.⁴

Um nicht völlig in die Hölle der Auf- und Abwertungswettlaufe zu fallen (eine Aufwertung der Binnenwahrung attrahiert Finanzströme aus dem Ausland, die bei steigenden inländischen Vermögenswerten - Wertpapiere etc. - einen Gewinn versprechen) bildeten die Staaten der EWG die sogenannte <Währungsschlange>⁵ mit

³ Die gröſste Rolle spielten dabei die Eurodollarmarkte. Von Eurodollar spricht man, wenn Dollarguthaben auf Banken außerhalb der USA, also des Geltungsbereichs der US-Zentralbank (FED), in Europa deponiert sind und zum Handelsobjekt werden. Damit sind sie auch dem US-Zinssatz entzogen. Diese Märkte entstanden in den 50ern infolge einer Sterlingkrise, die seitens der britischen Regierung zu harten Kapitalverkehrskontrollen führte, um das brit. Pfund zu schützen. Zugleich versuchte die britische Regierung aber den bislang zentralen Finanzplatz London vor der Austrocknung zu bewahren, die unweigerlich infolge des Pfundabsturzes eingetreten wäre. Eine Lösung glaubte sie gefunden zu haben, indem sie den Banken erlaubte den internationalen Handel in US-Dollar abzuwickeln. Damit trat sie eine Entwicklung los, die dazu führte, dass sukzessive größere Wahrungsvolumen außerhalb der staatlichen Geltungsbereiche gehandelt wurden und sich der Kontrolle der Zentralbanken entzogen.

⁴ Ich möchte hier den Definitionen von Lenin folgen, der im Gegensatz zu Hilferding Finanzkapital von Geldkapital unterschied. Finanzkapital war für ihn immer die Verbindung von Geld- und Industriekapital. Der Industrie diente das Geldkapital vor 1914 als Kreditscharnier und zur Investitionslogistik, während das Geldkapital darin profitable Anlagemöglichkeiten sah. Die Dominanz des Finanzkapitals war also immer auch die des Verbundes von Geldkapital mit Industriekonzernen. Sinn dieser Definition ist es die irreführende Unterscheidung in <Realsphare> (Produktion) und <Finanzsphare> zu vermeiden. Als ob Geld oder Geld als Kapital <irreal> wären?!

⁵ Die Europäische Währungsschlange wurde im April 1972 von Belgien, der Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und den Niederlanden gegründet und bestand bis zu ihrer Ablösung 1979 durch das Europäische Währungssystem EWS.

festen Wechselkursen⁶. Die Währungsschlange sollte als Ersatz für die verlorengegangenen festen Wechselkurse gegenüber dem Dollar dienen. Sie diene zum Schutz für eine europaweite Abstimmung der Wirtschaftspolitik und öffnete die Bahn in Richtung Euro (als der gemeinsamen Währung). Sie wurde zugleich zum Vehikel deutscher Dominanz. Die Währungsschlange hatte bereits in den 70er Jahren des 20. Jhs. eine disziplinierende Wirkung auf die Gestaltung nationaler Wirtschaftspolitik. Da in dieser Stabilitätsgemeinschaft nur geringe Abweichungen vom Gesamtplan der Währungsrelationen erlaubt waren, konnte innerhalb der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) eine gewisse politische Regulierung stattfinden. Diese wurde von der BRD weidlich ausgenutzt.⁷

Der freie Warenverkehr ist durch die sukzessive Beseitigung tarifärer Hürden in den vergangenen 40 Jahren stark gewachsen. Ein neuer gewaltiger Schub im globalen Warenumsatz geschah durch den Zusammenbruch des Realsozialismus. Die danach folgenden 20 Jahre waren das Goldene Zeitalter des Freihandels. Der Handel wuchs schneller als die Wirtschaft, weil sich die globale Arbeitsteilung vertiefte.⁸

Der freie Warenverkehr, in den Goldenen 25ern⁹ vor allem ein Warenverkehr zwischen Staaten, hat im Zuge der Globalisierung der vergangenen 30 Jahre zu einem ungeheuren Zuwachs des Intrakonzernhandels geführt. Konzerne gründen je nach Standortvorteil in verschiedenen Staaten Filialen. Der Standortvorteil in dem einen Staat mag die laxen Umweltgesetzgebung sein, in einem anderen Staat mag es das geringe Lohnniveau sein und in anderen Staaten mag es das Steuersystem sein, das Vorteile erbringt. In jedem Fall ist es die höhere Profitrate, die die Wanderungsbewegungen des Kapitals rund um den Globus antreibt. Infolgedessen können die Bestandteile einer Ware, die ein Konzern produziert und vertreibt, aus einem Dutzend Ländern/Standorten stammen. Die neoliberale Globalisierung hat den Welthandel völlig verändert. Während in den Goldenen 25ern der Welthandel nur geringfügig höheres Wachstum als die Warenproduktion aufwies, hatte er bis 2009 das Wirtschaftswachstum weit hinter sich gelassen. Vor allem die ökologischen Folgen dieser Entwicklung wiegen schwer. 2009 ist das überproportionale Wachstum des Welthandels in eine Absenkung umgeschlagen. Die Erholung fand bald nach 2010 wieder statt. Die steilen Wachstumsraten wurden aber nie wieder erreicht.

2. Die Konkurrenz

Der blühende Welthandel wurde jäh abgebrochen durch die Krise 2009ff. Während sich der Geldmarkt - vor allem durch die Stützungsgarantien der Regierungen - schnell wieder erholte, kann dies vom produzierenden Sektor nicht gesagt werden. Das Wachstum fast aller Branchen ist in den meisten Ländern der Welt gering. Auch der Welthandel kommt nicht mehr recht vom Fleck. Die geringen Wachstumsraten sind ein Grund für die Intensivierung der Konkurrenz, einer Konkurrenz auf einem nur wenig wachsenden Markt. In einer solchen Situation ist jeder geneigt sich auf Kosten anderer zu sanieren und das sind - wenn die Geschichte nicht trügt - die Momente, in denen die omnipräsente Lobpreisung der segensreichen Freihandelsvorteile aus der

⁶ Genauer gesagt waren die Wechselkurse nicht fest, sondern konnten innerhalb eines zuvor vereinbarten Korridors schwanken.

⁷ Dieser Regulierungsanspruch erlaubte es auch mißliebige politische Regierungskonstellationen zu verhindern. Bundeskanzler Schmidt richtete 1976 in Washington an die Adresse der italienischen Kommunisten die Warnung, dass der <Historische Kompromiss> mit der KPI an der Regierung und der Christdemokratie im Schlepptau eine Kreditsperre für Italien zur Folge hätte. Wir sehen also, dass die Schäubleschen Daumenschrauben in Griechenland ihre sozialdemokratischen Vorläufer haben.

⁸ Die globalen Exporte stiegen von 1960-2018 um fast das 19-fache, Warenproduktion nur um etwas mehr als das 6-fache

⁹ Ein Begriff des Historikers Hobsbawm aus <Das Jahrhundert der Extreme> zur Charakterisierung der Periode 1949-74.

Wachstumsphase in Protektionismus umschlägt, und zwar bei allen, die infolge verschärfter Konkurrenz auf der Strecke zu bleiben drohen.

Die Freigabe des globalen Raumes für ungehinderte Kapital- und Warenbewegungen hat *aber auch* zu einem Unterbietungswettbewerb der Staaten in der Konkurrenz um Kapitalimporte geführt. Wer kann mit billigen, aber qualifizierten Arbeitskräften, niedrigen Unternehmenssteuern, einem laxen Umweltrecht, guter Infrastruktur, schwachen Gewerkschaften, wenig Klassenkampf, stabiler Währung und stabiler Regierung möglichst hohe Investitionssummen auf das eigene Territorium lenken?

Konkurrenz und Kooperation oder: Wie entwickelt sich die Kooperation der Staaten im Zusammenhang mit ihrer Konkurrenz? Es gibt immerhin zahlreiche Kooperationen: Dauerhafte wie die NATO oder die EU, eher fakultative wie das Kyoto-Abkommen, das im Pariser Abkommen von 2015 seine Fortsetzung fand. Die staatliche Kooperation auf der Ebene der EU ist aber zugleich Konkurrenz, denn die Konkurrenz der Einzelkapitalien (nationale Konzerne, multinationale Konzerne, kleinere und mittlere Unternehmen) und Staaten ist für die EU mindestens ebenso konstitutiv wie der Vertrag von Lissabon (dem Ersatz für die gescheiterte Verfassung) und andere institutionalisierte Formen der Kooperation. Die EU ist ein Staatenbündnis, das durch Konkurrenzbeziehungen dominiert wird. Die EU ist kein Nationalstaat, der durch Solidarbeziehungen dominiert wird.¹⁰ Diese Konkurrenzbeziehungen machen die EU so schwach wie sie zur Zeit erscheint, befördern Austrittsprozesse und Alleingänge, die sie zeitweise an den Rand des Scheiterns bringen. Diese Konkurrenzbeziehungen führen dazu, dass die USA zu einem erfolgreichen informellen EU-Mitgliedsstaat geworden sind. Ihre unübersehbare Präsenz in der Politik der Visegrad-Staaten (Polen, Tschechien, Ungarn und Slowakei) führt dazu, dass eine EU-Politik gegen die USA nicht möglich ist.

Beispiel Klimaschutz: Nirgendwo wird das Spannungsverhältnis zwischen Kooperation und Konkurrenz im globalen Raum transparenter als im Klimaschutz. Auf dem Gebiet des Klimaschutzes ist kooperatives Verhalten der größten CO₂-Emittenten dringender denn je. **Das internationale System ist aber so aufgebaut, dass es den belohnt, der zur rechten Zeit die Kooperation unterläuft, ohne auf die Vorteile des Systems verzichten zu müssen.**

Alle Staaten müssen um den Preis des Untergangs in puncto Klimaschutz kooperieren. Diese Kooperation ist aber unendlich schwerfällig, weil jeder Beteiligte weiß, dass ein avantgardistischer Schritt sofort von Konkurrenten genutzt wird, um die aktuelle Konstellation zu verändern und einen kleinen ökonomischen Vorteil zu erzielen. Wer zu schnell Wind- und Solarenergiesysteme in Betrieb nimmt und Kohlekraftwerke stilllegt, der wird zwangsläufig auf Amortisationsbeiträge in Milliardenhöhe verzichten, zugleich für eine gewisse Periode auf die (im betriebswirtschaftlichen Kalkül) billigste Energiequelle verzichten und sich dadurch in zeitweilige Konkurrenznachteile auf dem Weltmarkt bringen. Infolgedessen ist der Prozess der Energiewende träge und in vielen Fällen kehrt er sich sogar um (USA). Fossile Energie ist z.Zt. so billig wie schon lange nicht mehr und der Zweck dieser Renaissance fossiler Energien besteht darin, der globalen Wettbewerbsfähigkeit der USA und Kanadas einen Baustein hinzuzufügen (die USA wurden vom Importeur zum Exporteur fossiler Energie). Trotz allen Geredes von der Energiewende: Billige fossile Energien (Öl + Gas) sind das Schmiermittel des Wirtschaftsaufschwungs. Jeder kauft sie gern, da ihr günstiges Angebot auf dem Weltmarkt es vermag die notwendige Energiewende zu strecken. Gleichfalls sind sich alle Beteiligten bewusst, dass sie irgendwie und irgendwann die Energiewende hinkriegen müssen, weil ihnen sonst die Kosten über den Kopf wachsen. Deshalb wird auch in die Erneuerbaren investiert.

¹⁰ Die Austeritätspolitik gegenüber den Staaten Südeuropas wäre im Falle einer supranationalstaatlichen Wirtschaftspolitik zwar möglicherweise entstanden, aber hätte nicht so exekutiert werden können wie dies jüngst geschehen ist.

Entgegen vieler Thesen zum Thema <Globalisierung> sind die Apparate der Nationalstaaten weitgehend in Takt geblieben. Von einer Schwächung der Staaten zugunsten der Konzerne kann keine Rede sein. Solche Diagnosen der Globalisierung behaupten eine Enteignung der Staaten zugunsten der Konzerne, die eine gezielte <Feudalisierung> der Gesellschaften betreiben würden.

Auch die Gegenthesen sind falsch. Der zurzeit beobachtbare zunehmende Protektionismus (Trump, Brexit, Freihandelskepsis, der Aufstieg rechter, nationalistischer Parteien) ist nicht gekoppelt mit einem Wiederaufstieg der Nationalstaaten und einem „Roll-Back“ der Globalisierung. Zurzeit werden zwar die Karten neu gemischt, aber die USA marschieren nicht in den Protektionismus mit Schutzzöllen, Kapitalverkehrskontrollen und Rückzug vom Weltmarkt. Würden sie das tun, wären sie die Verlierer.

3. Der Wettbewerbsstaat: Politik und Ideologie des Neoliberalismus

Die neoliberale Ideologie gewann mit zwei leidenschaftlichen Vertretern in den Regierungen mächtiger Staaten die Schlacht um die offiziellen Diskurse gegen sozialdemokratisches Gedankengut: 1979 wurde M. Thatcher britische Premierministerin und zwei Jahre später R. Reagan 40. US-Präsident. Staat, Bürokratie, Regulierung vs. Freiheit, Markt und Leistung waren die Stichworte, mit denen Wahlen gewonnen wurden. Diese Begriffe gehörten eigentlich immer zum wirtschaftsliberalen Credo, auch der Zwischenkriegszeit. Die Mont-Pelerin-Gesellschaft (von Hayek¹¹ ins Leben gerufen) war als hegemoniales Projekt gegründet worden. Sie stellte das Wissen, die Legitimationen und die durchschlagenden Begriffe zur Verfügung, die auch weniger große Geister wie Ronald Reagan dazu befähigten etwas zu sagen, was Menschen in den sogenannten Mittelschichten begeistern konnte. 30 Jahre später sollte der Neoliberalismus durchschlagenden politischen Erfolg zeigen. Er gewann nicht nur Herz und Hirn der Konservativen. Er machte auch Sozialdemokraten so liberal, dass eine Zeit lang der klassische parteipolitische Liberalismus in die Krise geriet.

Was machte die kruden Gemeinplätze des Neoliberalismus so attraktiv, obwohl sie ja nicht selten in die Nähe eines Sozialdarwinismus rückten, den bislang eher das braune Lager pflegte? Was ließ die neoliberale Ideologie vom Markt als dem natürlichen Motor des Wohlstands so attraktiv erscheinen und was den Sicherheitsstaat, der auch euphemistisch als Sozialstaat auftrat, so antiquiert? Es ist eine ökonomistische Verkürzung, diese Erfolge einfach auf veränderte Bedingungen der Kapitalverwertung zurückzuführen, also auf den Versuch, der Ära nach dem Zusammenbruch des Systems von Bretton-Woods eine neue Legitimation zu geben. Diese Strategie war sicherlich nötig, aber erklärt nicht ihren Erfolg. Erfolg bei wem?

3.1. Der ökonomische und kulturelle Sieg der Bourgeoisie

Der Sozialstaat (und damit auch der Sicherheitsstaat) der 50er und 60er Jahre war in allen Staaten Westeuropas und Nordamerikas ein Resultat der Kräftekonstellation zwischen den Arbeiterklassen in verschiedenen Staaten Europas und Nordamerikas einerseits und den Kapitalistenverbänden andererseits. Er funktionierte als Tripartismus: Politikfindung war Ergebnis des Aushandelns zwischen den drei Korporationen Regierung, Unternehmerverbänden und Gewerkschaften. Der Tripartismus gestaltete einen Machtblock, der so lange funktionierte wie die Wachstumsraten ausreichend hoch waren, um steigende Profite **und** steigende Löhne zu finanzieren. Genau dieser Prozess des permanenten Wachstums, an dem alle

¹¹ Friedrich Hayek ist der wohl bekannteste Intellektuelle, der einem Ultraliberalismus anhängt, der zeitweise auch in obszön brutale Formen des Sozialdarwinismus umschlägt (Bevölkerungsteile, die sich nicht selbst ernähren können soll man krepieren lassen etc. Seine Schrift <Der Weg zur Knechtschaft> ist ein wütendes Manifest gegen den Sozialismus, die Gleichheit der Menschen).

teilhaben sollten, funktionierte nicht mehr. In Zeiten der Krise konnte eher mit Schrumpfung gerechnet werden. Aufgrund der schleppenden wirtschaftlichen Konjunktur in der BRD und steigenden Arbeitslosen-zahlen hatte bereits die Regierung Helmut Schmidts in den 70er Jahren einschneidende soziale Kürzungen vorgenommen. Zugleich verbreitete sich die Forderung nach einer <geistig-moralischen Wende>, die die Anpassung der Arbeiter an den Markt über deren Rechte stellte.

Das resultierte daraus, dass Deutschland nicht nur mit Qualität, sondern auch mit niedrigen Preisen überzeugen musste. Das heißt, der Wettbewerbsstaat wurde eingerichtet, um im globalen Raum das ökonomische Modell Deutschland zu repräsentieren und dessen Kostenstruktur auch den globalen Märkten anzupassen. Der dafür geeignete neue Klassenkompromiss ließ die Arbeiterklasse fallen.

Wer machte da mit, bei der<geistig-moralischen> Wende, der <Leistung muss sich wieder lohnen> und einer Renaissance des <Modell Deutschland in der Welt>? Die Bourgeoisie war sowieso nie mit dem sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaat einverstanden gewesen, aber sie hatte in den 60er Jahren im Zusammenhang mit der <Kulturrevolution> der weltweiten Rebellion von Jugendlichen einen Teil des Neuen Kleinbürgertums (die sogenannten <Mittelschichten>) an die Sozialdemokratie verloren und mit den Projekten des Wettbewerbsstaates wollte sie sie wieder zurückerobern. Und wie?

Mit dem Übergang zum Wettbewerbsstaat vollzog sich in der Öffentlichkeit eine Korrektur am Begriff der **Gerechtigkeit**. Er verlor seine engen Konnotationen zur sozialen Gleichheit, d. h. das Denken von der Gleichheit der Menschen und der Verpflichtung der Gesellschaft, diese Gleichheit herzustellen¹². Stattdessen fügte er sich wieder in die tradierten obrigkeitkonformen Zusammenhänge ein: Leistungsgerechtigkeit und Chancengleichheit sind die Einfallstore zur Eroberung der Definitionshoheit über die Assoziationsketten der landläufigen Gerechtigkeitsbegriffe. Heute definiert die Mehrheit der Menschen im neoliberalen Wettbewerbsstaat Deutschland soziale Gerechtigkeit als Chancengleichheit¹³ und Leistungsgerechtigkeit. Die Dominanz dieses Gerechtigkeitsbegriffs reflektiert die Dominanz des Neoliberalismus.

¹² Gleichheit: Daraus wiederum leiten sich diverse Menschenrechte ab. Neoliberale Denker haben wie Konservative die Menschenrechte immer wie ein ungeliebtes Kind behandelt. Sie akzeptieren ihre faktische Existenz als symbolische Norm, versuchen sie aber zu verbiegen. Sie schwadronieren nach preußischer Manier lieber von Pflichten. Die <Allgemeine Deklaration der Menschenpflichten> von 1997, beabsichtigt als Gegenstück zur Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, ist so ein illustres Beispiel. Sie wurde verfasst/unterschrieben u.a. von nicht wenigen Prominenten wie Giscard d'Estaing, Lee Kwan Yee und Helmut Schmidt.

¹³ „Mit anderen Worten, wir tun so, als ob ein gleichberechtigter Zugang von sozialen und kulturellen Minderheiten zur Elite auf Grund persönlicher Verdienste die Tatsachen verändern würde. Unser Glaube daran ist so stark, dass unsere führenden Politiker es fertig brachten zu behaupten, dass sich durch die Aufnahme einiger Jugendlicher aus benachteiligten Wohnvierteln in Eliteschulen die sozialen Probleme von alleine lösen würden.“ (Les pièges de l'égalité des chances, par François Dubet, Le Monde 30.11.09 – übers. v. U.+C. Berny) Dem System wird unterstellt, dass es nach Leistung selektiert. Die Chancengleichheit wird eingeklagt, wenn aus den proletarischen Klassen wenig oder keine Mitglieder Zugang zum höheren sozialen Status erlangen können, weil ihnen das Geld für den Bildungsweg fehlt. Damit wird nicht das soziale System der Klassengesellschaft kritisiert, sondern es wird so getan als ob die Klassengesellschaft nicht existieren würde, wenn proletarische Kinder gleichberechtigten Zugang zum höheren Bildungssystem haben. Dasselbe vernehmen wir heute bezüglich der Frauengleichstellungsforderung. Die beklagenswerten Zahlen über fehlende Frauen in Konzernvorständen reichen den omnipräsenten Frauenfreunden/-innen als Beleg für den Nachholbedarf in Sachen Gleichberechtigung. Im Sinne dieser Logik wäre der Sexismus abgestellt, wenn genügend Frauen in den Chefsesseln der Bourgeoisie säßen. Befremdlich erscheint mir nur, dass niemand auf die Idee kommt den Grad der Frauengleichstellung an der Anzahl von Männern in Niedriglohnjobs der Putzkolonnen oder an den Supermarktkassen zu bemessen! Der neoliberale Staat in den Köpfen.....!!!

Diese Verschiebung war aber nur auf dem Hintergrund möglich, dass der Konsens der oberen Teile des Neuen Kleinbürgertums mit den Projekten des sozialdemokratischen Staates zu bröckeln begann. Die Krise der 70er Jahre mit der Wiederauferstehung der Arbeitslosigkeit und der sinkenden Wachstumsraten, die die fiskalischen Einnahmen schmälerten, gruben dem Versprechen der Reformen eines besseren Lebens für alle das Wasser ab. Genau in dieses Scheitern der sozialdemokratischen Integrationsversprechen konnte die konservative Wende ihr Versprechen platzieren, dass Leistung sich wieder lohnen müsse.

3.2. Einige Kernpunkte neoliberaler Ideologie

Mit dem Übergang vom Sicherheits- zum Wettbewerbsstaat gelangte eine Sektion des Neuen Kleinbürgertums in den Machtblock, die sich nicht aus den Apparaten des Sicherheitsstaates rekrutierte, sondern von der Kulturrevolution der 68er tief berührt war oder sie als Aktivisten sogar mitgestaltete und dem konservativ-bürokratischen Mief des Sicherheitsstaates und seinen vielfältigen Facetten von Starre und Repression mit unverhülltem Ekel begegnete. Der Weg in den Machtblock wurde diktiert durch die neuen Konstellationen der ökonomischen Globalisierung, die überall den Druck auf die Löhne und den Rückzug der öffentlichen Dienste, die traditionell vor allem den einkommensschwachen Teilen der Bevölkerung zugutekamen, zum Dauerthema machten. Die Versprechen eines neuen Aufschwungs mit leistungsgerechter Bezahlung (statt Gleichmacherei) wurden ergänzt vom Hinweis auf die Befreiung menschlicher Kreativität aus dem hierarchischen Kommandomief des Sicherheitsstaates und der fordistischen Unternehmenskultur. Der überschäumende Individualismus wurden zum Markenzeichen einer Generation des Neuen Kleinbürgertums, die aus der 68er Bewegung hervorgegangen war. Sie versah den Neoliberalismus mit den höheren emanzipatorischen Weihen individualistischer Selbstentfaltung (Selbstoptimierung).

Mit dem Verzicht auf sozialrevolutionäre Attitüden schien es möglich den kulturrevolutionären Impetus des 68er Aufbruchs in eine Liberalisierung der Gesellschaft zu transformieren. Anders als der starre autoritäre Sicherheitsstaat mit seinen Kommandohierarchien, seinen Normen und seiner klammheimlichen Anhänglichkeit an die Volksgemeinschaft konnte der Wettbewerbsstaat den „Minoritäten“-freund mimen, der bereit war die sexuellen Minderheiten zu akzeptieren und zu integrieren, die je verschiedenen Wege zum persönlichen Glück zu tolerieren, sofern diese Minderheiten und ihre Repräsentanten ihre Bereitschaft erklärten, die kulturelle Spielwiese nicht zu verlassen und die geltende Wirtschafts- und Sozialordnung (das Privateigentum an Produktionsmitteln, die Herrschaft der Bourgeoisie, den Markt, den Wettbewerb und dass dem Glück die Leistung vorgebaut ist) akzeptierten. Die langsame, aber stetige Integration dieser sexuellen <Minoritäten> geschah gleichzeitig mit der Diskriminierung großer Teile der sozialen Minoritäten, d.h. jener Teile der Bevölkerung, die am Rande des offiziellen Arbeitsmarktes lebten oder ganz aus ihm herausfielen. Die Gründe für dieses Scheitern sind vielfältig. Der Staatsapparat, vor allem seine mit sozialen Fragen beschäftigten Apparate (Sozialinstitutionen, Bildungseinrichtungen, Arbeitsvermittlungen und ein Heer von konservativen Soziologen aus dem universitären Bereich) erfanden einen Typus neu, der nach dem gewaltsamen Ende des Faschismus als ausgestorben galt: Den der <Randgruppe>. Ganz im Sinne liberaler Sichtweisen auf die gesellschaftliche Welt wurden diese Randgruppen als freiwillige Versager titulierte, jene, die ihr Schicksal des Müßiggangs und der Existenz auf Kosten anderer frei gewählt oder (umgekehrt) selbst verschuldet hatten. Es fand eine Verschiebung des Normalitätskriteriums statt: Weg von der kulturellen Abweichung (sexuelle Abweichung, Extravaganzen im Phänotyp) hin zur Abweichung

vom ökonomischen Leistungskriterium. Und das passierte in den meisten Staaten Europas und Nordamerikas.

Es ist von heute aus gesehen frappierend, wie schnell sich diese Verschiebung überall durchsetzte. Die sozialdemokratische politische Linke schaute nur entgeistert zu, wie Konservative im Verein mit rechten Sozialdemokraten Gewerkschaften entmachteten. 1986 wurde durch die Neufassung des AFG (Arbeitsförderungsgesetz)¹⁴ ein Meilenstein gesetzt, weil die Kampfkraft der Gewerkschaften im globalisierten Kapitalismus entscheidend geschwächt wurde.

Der Wettbewerbsstaat schaffte es sehr schnell mit Hilfe der libertaristischen¹⁵ Intellektuellen eine Kultur der manifesten Gewerkschaftsfeindlichkeit hervorzubringen. Gewerkschaften galten als Relikte einer Konfliktkultur, die aus vergangenen Zeiten stammten, wo noch vom Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit die Rede war. Die ideologischen Apparate des Wettbewerbsstaates haben es im Verein mit einer neuen Unternehmenskultur geschafft in den Metropolen die Büroarbeitsprozesse zu ver<smarten>. Die Arbeitskräfte sollen ein Arbeitsethos praktizieren, das euphemistisch die Selbstaussbeutung in eine Optimierung der eigenen Potentiale umschreibt. Die Ideologie der freiwilligen Selbstaussbeutung funktioniert in dieser krassen Gestalt im Büroapparat und dort auch nur im gehobenen Kleinbürgertum. Im Produktionssektor an der Maschine ist so etwas nur mit der Angst im Nacken umsetzbar.¹⁶ Es ist die Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes, die panische deutsche Belegschaften im Produktionssektor dahintreibt, eifrig <Optimierung> zu beweisen: Überstunden umsonst anzubieten und Lohnverzicht zu betreiben, damit der Chef die Maschinen vor Ort stehen und weiter betreiben lässt.¹⁷

Dieser Prozess des neuen Arbeitsethos der <Selbstoptimierung>, des omnipräsenten Wettbewerbs, der rationalisierten Ruhelosigkeit des Erfolgs ist selbst nur möglich, weil sich in den davor liegenden zwei Jahrzehnten die Arbeiterklasse in den Produktionsbetrieben quasi halbiert hat. Die sogenannte Globalisierung hat durch den freien Kapitalverkehr in der ehemaligen Dritten Welt eine Industrialisierung angeworfen und ein Millionenheer von Proletariern erzeugt, die die Dinge (und viel mehr) herstellen, die in den globalen Zentren Europas und Nordamerikas verbraucht werden. Die überflüssig gewordenen Arbeitskräfte in den Zentren sind entweder in die Prekarität und die Arbeitslosigkeit abgeschoben worden oder ins Neue Kleinbürgertum aufgestiegen.

Der Neoliberalismus in den Köpfen zehrt von der Wirkungsmacht des <Wir>, verkörpert in einem Unternehmensteam oder einer zum <Erfolgsmodell> aufgepeppten Nation. Das <Wir> als korporatives Zugehörigkeitsgefühl in Abgrenzung

¹⁴ Das Kapital reagierte oftmals auf Streiks mit Aussperrungen. Bis 1986 erhielten die Ausgesperrten Arbeitslosengeld. Ab 1986 mussten die gewerkschaftlichen Streikkassen diese Aufgaben übernehmen, wodurch sie schnell an die Grenzen ihrer Streikfähigkeit gerieten. Allein schon die Drohung mit Aussperrung machte Gewerkschaften gefügig. Das hat die bundesdeutsche Justiz gemeinsam mit Regierungspolitikern aus den Erfahrungen sowohl GBs als auch der USA gelernt.

¹⁵ Ich gebe mich mit diesem Begriff auf Glatteis, habe aber keinen anderen im Deutschen parat. Die <Libertarians> in den USA stehen auf dem Grundkonsens von Minimalstaat, Privateigentum, Markt, sexueller und Drogenfreiheit. Es gibt dazu diverse Strömungen, die von Anarchokapitalisten bis hin zur <libertären Plattform> in der FDP reichen. Ihnen allen ähnlich ist die Geringschätzung sozialer Fragen. Sie sind nicht zu verwechseln mit den frz. <Libertaires>, den Anarchisten, die bei aller Freiheitsduselei im Gegensatz zu den Liberalen stets einen wachen Verstand für die Bedingungen von Herrschaft haben: Das Privateigentum an Produktionsmitteln!

¹⁶ „Ich freu mich aufs Büro“ war eine Werbearbeit von RankXerox. Kaum vorstellbar, dass Case-Poclain mit „Ich freu mich auf meinen Bagger“ werben könnte.

¹⁷ Arbeiter in Frankreich antworteten auf drohende Unternehmensstilllegung mit <Bossnapping>. Auch in Frankreich gibt es die Unterwerfung unter die Patrons - und das zuhauf. Aber im Gegensatz zur BRD gibt es eben auch die militante Renitenz in nennenswerter Zahl.

nach außen funktioniert (oder soll funktionieren) auch bei denen, die sich im Arbeits- und Produktionsprozess eher mit Unsicherheit rumzuplagen haben.

Der autoritäre Sicherheitsstaat war ein Sozialstaat, der zugleich mit polizeilichen Mitteln über die kulturelle und politische Normalität wachte. Der Wettbewerbsstaat mit seinen neoliberalen Attitüden gibt sich dagegen liberal, da er den Normalitätsweg für sexuelle und ethnische Minderheiten öffnet.

Der neoliberale Wettbewerbsstaat hat beträchtlichen Teilen des Neuen Kleinbürgertums Möglichkeiten zu einem Karrieresprung, sowie traditionellen kulturellen Minderheiten Aussicht auf zivile Anerkennung verschafft. In dieser Hinsicht ist er gegenüber dem Sicherheitsstaat – auch wenn er die Klassenspaltung vertieft – progressiv. <Wir> sind im Zeitalter der formalen Chancengleichheit angekommen. Und zwar ohne ein relevantes Publikum, das die Voraussetzungen und die Folgen sozialer Ungleichheit problematisiert. Die allgemeine Freude über die endlich erreichte „Chancengleichheit“ belegt nicht nur den glänzenden Sieg des Neoliberalismus in den Köpfen, sondern auch, dass er sich in aktuellen Gesellschaftsthemen progressiv darstellen kann, beispielsweise in der Ehe für alle.

Dieser progressive Libertarismus des Wettbewerbsstaates ist es, der die Globalisierung des Systems für viele so attraktiv macht. So attraktiv für Teile des Neuen Kleinbürgertums, dass Fragen sozialer Gerechtigkeit ihnen nebensächlich erscheinen. Globalisierung kann sich einkleiden in Weltoffenheit und <laissez faire – laissez vivre>. Das steht im Gegensatz zur reglementierenden und engstirnigen Lebensweise im Sicherheitsstaat. Die Attraktivität von <Freiheit> kann die Abgründe der Armut und der schreienden Ungleichheit verdrängen – zumindest für die, die es sich leisten können. Die Mehrheit des Neuen Kleinbürgertums ist trotz aller Unbilden fest in den Wettbewerbsstaat eingebunden. Denn die neoliberale Globalisierung gibt sich alternativlos, weil sie allen politisch links ambitionierten Zeitgenossen die Drohung präsentiert, dass jede Abweichung von der Standortlogik und den Implikationen des Marktwettbewerbs unweigerlich zu Kapitalflucht und zu allen daraus folgenden Szenarien führen wird: Abwertung, Arbeitslosigkeit, Austrocknung der Staatsfinanzen und Abstrafung durch den Wähler. Im Klartext: Wer nicht mitmacht, wird scheitern. Politik und Ideologie des Wettbewerbsstaates sind für die derzeitige Globalisierung ebenso konstitutiv wie die neoliberal organisierte Ökonomie.

4. Armutsmigration

Im Zuge der Globalisierung war die Öffnung immer weiterer Staaten des globalen Südens für Kapitalimporte zum Zweck des wirtschaftlichen Wachstums von einer durch die UNESCO geförderten Bildungspolitik begleitet, die darauf abzielte, diese Staaten in die Lage zu versetzen auf dem Weltmarkt erfolgreich um Investitionen zu konkurrieren: <Humankapital als Standortfaktor>. Viele Staaten Afrikas, Lateinamerikas und Asiens investierten große Haushaltsmittel in die Bildung einer jungen Generation. Dort, wo hohe Wachstumsraten der Wirtschaft dazu in der Lage sind die neu ausgebildeten Menschen zu absorbieren, finden Abwanderungen des intellektuellen Proletariats kaum statt (die Arbeitsemigration aus Indien und China ist gering). Dort aber, wo diese Wachstumsraten zu gering sind, um den intellektuellen Überschuss zu absorbieren, sind die betroffenen Menschen zur Emigration gezwungen; Maghreb, Westafrika, Pakistan, Bangladesch etc.

Der Begriff der Armutsmigration bedeutet eben nicht, dass es die Hungerleider sind, die aus den Staaten des globalen Südens fliehen und ihr Heil im globalen Norden (EU, Nordamerika und die Ölstaaten der arabischen Halbinsel) suchen. Im Gegenteil. Die Masse der Hungerleider unter den Wirtschaftsflüchtlingen sowie unter den Kriegsflüchtlingen migriert nicht in den globalen Norden, sondern in die Städte des eigenen Landes, um dort die Slums zu füllen oder in angrenzende Länder.

Ein „Brain-Drain“ aus Afrika, Asien oder Lateinamerika in die Zentren des globalen Nordens mag von notorischen Rassisten und Völkischen als kulturelle Zersetzung gebrandmarkt werden – dem liberalen Bürgertum und dem Kapital ist dieser Prozess, wenn er denn strikt kontrolliert wird – keineswegs ein Gräueltat. Fachkräftemangel und Angst vor Lohnsteigerungen infolge einer demografischen Ausdünnung machen zumindest in diesem Punkt aus Repräsentanten der Ausbeutung vorübergehend Philanthropen. Die für die bestehende Globalisierung des Kapitalismus entscheidende Frage ist nicht die der Migration überhaupt, sondern die der Armutsmigration, d.h. der Menschen, die auf den Arbeitsmärkten zumeist nur einfache Arbeitskraft als Ware anbieten können. Genau die ist in den Metropolen nicht gefragt. Deshalb wollen die Philanthropen in der EU gern eine regulierte Immigration á la <Greencard> (sie nennen dies in Deutschland Einwanderungsgesetz). Ungesteuerte Immigration beunruhigt nur die knappen heimischen Binnenarbeitskräfte, denn die fürchten sich davor die tägliche Schlacht um den Arbeitsplatz zu verlieren.

Die gerade stattfindende massenhafte Armutsmigration ist ein Charakteristikum der Globalisierung bzw. eine Folge derselben. In dieser Form gab es sie noch nicht, obwohl das Elend in den Staaten des Südens mitunter viel extremer ausfiel als heute. Die Armut in den Staaten des gerade dekolonialisierten globalen Südens war in den 50er und 60er Jahren des 20. Jahrhunderts bedeutend ausgeprägter als heute: Sowohl qualitativ als auch quantitativ. Aber die Gesellschaften waren gleicher und es gab die Hoffnung eines Aufstiegs in neuen politischen und wirtschaftlichen Modellen. Statt Bildungsüberschuss herrschte Bildungsmangel. Genau dieser Weg in neue gesellschaftliche Verhältnisse scheiterte in den meisten Fällen – auch infolge neokolonialer Bemühungen, die neuen Staaten in den Prozess der kapitalistischen Arbeitsteilung zu integrieren. Dennoch: Es wanderten vergleichsweise wenige Menschen in Folge von Krieg, Armut, Hunger und Verfolgung nach Norden. Ihr überwiegender Teil findet Zuflucht in Nachbarländern. Kaum thematisiert wird die Tatsache, dass allein die Staaten des Nahen Ostens und die Maghrebstaaten, obwohl sie durchweg arm sind, ein Vielfaches an syrischen Flüchtlingen im Vergleich zur EU aufgenommen haben. Die Massenmigration und die Abriegelung der Metropolen zur Festung sind auch ein Aspekt der aktuellen Globalisierung. Und diese funktioniert in ihren gegenwärtigen Formen nur auf der Basis der globalen Asymmetrie, d.h. ungleicher Entwicklung!

5. Ungleiche Entwicklung

Die Ungleiche Entwicklung ist unter anderem durch den Kolonialismus bedingt. Die meisten Kolonien waren von den Kolonialmächten wirtschaftlich auf die Bereitstellung agrarischer und bergbaulicher Erzeugnisse zugerichtet und nicht auf Industrialisierung eingestellt. Als die Kolonien nach 1945 – oft nach gewaltsamen Kämpfen – in die politische Unabhängigkeit entlassen wurden, hatte sich am wirtschaftlichen Kolonialstatus nichts verändert. In den meisten Fällen hat die Weltmarktintegration die ehemaligen Kolonien im Zustand der sogenannten <Unterentwicklung> festgenagelt und nur wenige ehemalige Kolonien (Südkorea, Hongkong, Singapur) haben den Anschluss an den Standard der OECD geschafft oder versuchen als sogenannte Schwellenländer (China, Brasilien, Südafrika, Argentinien) diesen in absehbarer Zeit zu erreichen. Ohne die neokoloniale Struktur der globalen Arbeitsteilung bleibt die aktuell herrschende Form der Globalisierung unverständlich. Und diese neokoloniale Struktur besteht darin, dass eine große Anzahl von Staaten der Welt nur über eine auf dem Weltmarkt konkurrenzfähige Ware verfügt: Die billige Arbeitskraft ihrer Bevölkerung. Sie treten auf dem Weltmarkt als Anbieter billiger Arbeitskraft, niedriger oder nicht existenter Umweltstandards, unternehmensfreundlicher Steuerpolitik und freier Transfers der Gewinne auf. Ihr Ziel: Standort für die Kapitalverwertung aus den

Metropolen der OECD zu werden. Auf der linken Seite werden diese Zusammenhänge <Imperialismus> genannt. Auf der liberalen Seite wird dieser Zusammenhang mit dem Euphemismus der <internationalen Arbeitsteilung> bezeichnet.

Die Ungleiche Entwicklung war Segen für die OECD-Staaten: Der prekäre Beschäftigungssektor und die jahrelange Stagnation der Reallöhne bei gleichzeitig steigendem Einkommen der Bourgeoisie und des Neuen Kleinbürgertums in diesen Staaten sind wohl nur akzeptiert worden, weil Nahrungsmittel, Bekleidung und sonstige Massenkonsumgüter für die Prekarisierten noch bezahlbar waren. Und das waren sie nur, weil diese Massenkonsumgüter dank der <internationalen Arbeitsteilung> billiger als je zuvor hergestellt werden konnten. Die Prekarisierten in den Metropolen proben keinen Aufstand, weil sie am imperialen Lebensstil in seiner Schmalspurvariante teilhaben können: Smartphone, Flachbildschirm, Billigmode und Feinkost aus dem Lidl. Die Globalisierung – so die These zahlreicher Soziologen – zerreißt die Gesellschaften in den Metropolen. Das ist aber nur die halbe Wahrheit. Zugleich schweit sie sie in der Verteidigung ihres imperialen Lebensstils auch zusammen.

II. Globalisierungsbegriffe

Allgemein: Freier Austausch von Waren, Dienstleistungen, Kapital, Wissen, Ideen über Grenzen hinweg und Vernetzung mit möglichst vielen Ländern.

1. Ökonomische Globalisierung

Zunahme des internationalen Handels mit Waren, Dienstleistungen, Kapital und Wissen und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, Schaffung globaler Märkte, Intensivierung des Wettbewerbs mit den folgenden Dimensionen:

- Grenzüberschreitender Handel von Waren und Dienstleistungen
Der grenzüberschreitende Handel mit Waren und Dienstleistungen ist in den letzten Jahrzehnten deutlich gestiegen und zwar erheblich stärker als das weltweite Bruttoinlandsprodukt (BIP).
- *Grenzüberschreitender Handel von Devisen, Wertpapieren, Krediten und Portfolioinvestitionen*
Die Liberalisierung der Kapitalmärkte wurde später eingeleitet als der grenzüberschreitende Handel mit Gütern und Dienstleistungen. Erst die technischen Revolutionen der 80er und 90er Jahre (Computer, Internet, E-Mail) ermöglichten das Entstehen eines globalen Kapitalmarkts. Gleichzeitig stiegen die Risiken für weltweite Finanzkrisen.
- *Grenzüberschreitende Direktinvestitionen*
Investitionen von Unternehmen in anderen Ländern haben in den vergangenen Jahrzehnten erheblich zugenommen. Angetrieben wird diese Dynamik vor allem von multinationalen Unternehmen. Obwohl fast alle Länder ihre Märkte für Investitionen aus dem Ausland öffneten, beschränken sich diese bisher weitgehend auf die Industrieländer und einige Schwellenländer.
- *Modulare Produktionsprozesse*
Die Revolution der Kommunikationstechnologie machte in Verbindung mit drastisch gesunkenen Transportkosten breit gestreute, auf viele Länder verteilte Produktions- und Dienstleistungsunternehmen technisch und wirtschaftlich möglich. Rund 80.000 multinationale Unternehmen bestimmen heute den internationalen Güterhandel.
- *Wanderung von Arbeitskräften*

Nicht nur Güter und Finanzströme können sich heute global bewegen, auch die Mobilität von Menschen ist in den vergangenen Jahrzehnten – wenngleich sehr viel langsamer – gestiegen. Die Integration der Migranten/innen in die Gesellschaft bzw. die Gefahr eines "Brain-Drains" stellen sowohl Entsende- als auch Aufnahmeländer vor große Herausforderungen.

2. Technische Globalisierung

Kommunikation und Transport sind die technische Infrastruktur der Globalisierung.

➤ *Personenverkehr*

Mit der Ausweitung des Schienen-, Straßen-, See- und Luftverkehrs hat sich auch der grenzüberschreitende Personenverkehr stark erhöht. Dies hat nicht nur Auswirkungen auf den Tourismus in den Zielländern, sondern auch auf die internationale Wirtschaftstätigkeit, den Austausch der Kulturen sowie auf die internationale Migration. Insbesondere der internationale Flugverkehr und die Globalisierung bedingen einander und verstärken sich gegenseitig.

➤ *Güterverkehr*

Der globale Güterverkehr ist in den vergangenen Jahrzehnten deutlich angestiegen. Ermöglicht wurde dies nicht zuletzt durch drastisch gesunkene Transportkosten sowohl für die Luftfracht als auch für den Handel auf dem Seeweg. Vor allem die moderne Containerschiffahrt hat sich auf diese Weise zu einem Symbol der ökonomischen Globalisierung entwickelt und stellt sowohl ein Ergebnis als auch eine wichtige treibende Kraft der Globalisierung dar.

➤ *Telefonie und Internet*

Die Möglichkeiten weltweiter günstiger Internet- und Telefonverbindungen lassen das "Überschreiten" staatlicher wie kontinentaler Grenzen immer selbstverständlicher erscheinen. Zweifelsohne verändern die modernen Informations- und Kommunikationstechnologien die Welt, in der wir leben. Von seiner Bedeutung her ist dieser Wandel mit der industriellen Revolution im 18. und 19. Jahrhundert vergleichbar.

3. Politische Globalisierung

Ausweitung/Verlagerung weg vom (rein) nationalen zum internationalen politischen Handlungs- und Gestaltungsrahmen. Diskussion mit zwei gegensätzlichen Positionen.

- Der Nationalstaat ist geschwächt und erpressbar, da er in seinem Handeln territorial beschränkt ist, die privaten Akteure aber grenzüberschreitend agieren, deshalb ist der Staat gezwungen international nach Lösungen zu suchen
- Nationalstaat ist nicht geschwächt, sondern nach wie vor handlungsfähig

Empirisch stellt Globalisierung insofern eine neue Herausforderung an den Staat dar, als sie nationale Regierungen unter Druck setzt, ihre Politik den Gewinnerwartungen globaler Märkte anzupassen, um mobile Ressourcen im Land zu halten bzw. neue anzuziehen. Damit verändert Globalisierung – als wachsender Anteil grenzüberschreitender Aktivitäten an der gesamten Wirtschaftsleistung – zunächst einmal nur die Rahmenbedingungen für staatliches Handeln und für private Interessen: Aufgrund der gestiegenen Mobilität von Kapital und Produktion sind

Staaten und Unternehmen einem stärkeren Wettbewerb um Standortvorteile und Absatzmärkte ausgesetzt. Dies bedeutet aber nicht eine Schwächung des Staates per se: Selbst, wenn der Staat an Einfluss auf transnationale Akteure verliert, muss dies keineswegs eine Schwächung des Staates in Hinblick auf grundlegende Staatsfunktionen wie die Sicherung ökonomischen Gemeinwohls bedeuten.

Für das Gemeinschaftsinteresse an ökonomischer Prosperität impliziert Globalisierung einen Wandel der Handlungsbedingungen für Regierungen durch eine Veränderung der Kosten und der Anreize für bestimmte wirtschaftspolitische Strategien. Der zum Machterhalt wichtige ökonomische Erfolg einer Regierung ist zunehmend auch von der Beteiligung des Landes an der Dynamik globalen Wirtschaftens abhängig.

Konvergenz-These: Um die Wettbewerbsanreize des Weltmarktes zu nutzen, führen Regierungen marktliberale Reformen durch und nähern damit ihre Wirtschaftspolitiken auf ein ähnliches Muster hin an.

Empirisch scheint es aber ein erheblicher Spielraum für Divergenz zu bestehen: GB und USA sehr stark marktliberal, D ist bei seinem traditionellen Sozialsystem geblieben. Ursächlich sind nationale Prägungen und Machtlagen, die Einfluss auf die nationale Politik nehmen.

Globalisierung hat nicht zu einer Stärkung der internationalen Organisationen wie UN, IWF und WB geführt, nicht zuletzt auch deshalb, weil in diesen Institutionen die westlichen Industrieländer ein Machtübergewicht haben und von diesen auch instrumentalisiert werden und wurden.

Neues Konzept: Global Governance. Das Konzept beruht auf der schlichten Erkenntnis: Wenn sich die Probleme globalisieren, muss sich auch die Politik globalisieren. Das Konzept meint nicht die Idee einer zentralen Weltregierung und auch nicht das Ende des Nationalstaats. Vielmehr will Global Governance eine multilaterale Kooperationskultur schaffen. Das Konzept bedeutet ein Zusammenwirken von staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren von der globalen bis zur lokalen Ebene. Bisher existiert das Konzept nur als Schlagwort mit diffusen Inhalten.

4. Ökologische Globalisierung

Globale Produktion führt zu globaler Beanspruchung der Ökologiesysteme und -durch Übernutzung- zu Ökologieproblemen. Einige wichtige Themen:

- Klimawandel/Erderwärmung durch CO₂
- Übernutzung/Vernichtung natürlicher Ressourcen: Trinkwasser, Fischbestände, (Tropen-) Waldbestände, Reduktion der Biodiversität: Pflanzen- und Tierarten
- Raubbau an Rohstoffen
- Überbeanspruchung der Regenerationsfähigkeit der Natur durch Produktionsrückstände und Konsumabfall

5. Rechtliche Globalisierung

➤ 10 Thesen (Röhl-Magen-Globalisierung):

- I. Ein einheitliches Weltrecht liegt in weiter Ferne. Ein Weltstaat ist nicht in Sicht.
- II. Heute kann es keine partikuläre Rechtskultur mehr geben, die nicht in irgendeiner Weise auf die Kondition der Globalität Rücksicht nehmen muss.
- III. Vermutlich folgt die Globalisierung des Rechts im Großen und Ganzen der Entwicklung in anderen Subsystemen der Gesellschaft insbesondere der Wirtschaft mit dem üblichen „Cultural lack“.

- IV. Nur in einigen begrenzten Bereichen ist das Recht selbst Protagonist der Globalisierung.
- V. Soweit Ansätze zu einer globalen Rechtskultur sichtbar werden, orientieren sie sich bislang an dem Vorbild der westlichen Industriestaaten.
- VI. Spätestens seit dem Ende des Ost-West-Konflikts gibt es erhebliche Widerstände gegen eine Konvergenz in diesem Sinne.
- VII. Regionale und partikuläre (Rechts-)Kulturen dürfen nicht bloß als Gegensatz zur Globalisierung verstanden werden. Sie gehören vielmehr zur strukturell unerlässlichen Binnendifferenzierung des Weltsystems.
- VIII. Der Weg zu einem Weltrecht führt nicht nur über das Völkerrecht oder das offizielle internationale Recht, sondern entwickelt sich gleichzeitig von den gesellschaftlichen Peripherien her.
- IX. Eine spezifische Folge der Globalisierung ist ein Verlust an normativ rechtlicher Orientierung zugunsten kognitiv geleiteter Verhaltensabstimmung.
- X. Dieser Verlust ist jedoch nur vorübergehend. Auf Dauer werden neue normative Fixierungen nicht ausbleiben.

Globale Vereinheitlichung von rechtlichen Rahmenbedingungen z.B.: durch Freihandelsverträge, nationale Rechtssysteme kommen unter Anpassungsdruck.

6. Kulturelle Globalisierung

Kultureller Austausch (Ideal) über Grenzen hinweg, oder grenzüberschreitende Durchsetzung westlicher Kultur und Werte; Dies umfasst unter anderem Bereiche wie Migration, Ernährung, Unterhaltung, Mode, soziale Vernetzung und Musik/Kunst, aber auch Überzeugungen über Demokratie und Menschenrechte. Interessante Aspekte:

➤ *Kultur und Identität in einer globalisierten Welt*

Die globale Vernetzung und der zunehmende wirtschaftliche Austausch haben auch Kulturen und soziale Werte verändert. Wie sich die Globalisierung auf lokale Kulturen und Werte in aller Welt auswirkt, wird kontrovers gesehen. Führen Globalisierung und Internet zu einer Ausbreitung eines einheitlichen, westlich geprägten Lebensstils auf der ganzen Welt oder schaffen sie eine neue Blüte regionaler Identitäten und Kulturen?

➤ *Kultur und Markt*

Aufgrund der Dominanz amerikanischer Unternehmen in der globalen Medien- und Unterhaltungsindustrie und dank moderner Satellitentechnik wird der westliche Lebensstil mittels Filmen, Fernsehen und Musik bis in den letzten Winkel der Erde ausgestrahlt. Kritiker befürchten, dass die ständige Einwirkung der Bilder westlicher Lebensformen und Rollenmodelle in anderen Kulturen Spannungen bis hin zu einer kulturellen und gesellschaftlichen Spaltung bewirken könnte. Fakt ist: im TV, im Musikbereich, in der Mode und in der Kunst ist der „Westen“ weltweit vorherrschend.

➤ *Sprache(n)*

Weltweit gibt es über 6.000 Sprachen, der Großteil davon wird jedoch nur noch von kleinen Gruppen gepflegt. Die meisten Muttersprachler/innen haben Chinesisch (982 Millionen), Hindi (460 Millionen), Englisch (375 Millionen) und Spanisch (330 Millionen). Ein anderes Bild ergibt sich jedoch, wenn man die Anzahl der weltweiten Sprecher betrachtet.

➤ *Zeitsouveränität*

Tempo, Tempo... Die Verbreitungsgeschwindigkeit von neuen Technologien hat

drastisch zugenommen. Beim Radio dauerte es nach der Markteinführung noch 38 Jahre, bis die Zahl von 50 Millionen Nutzern erreicht wurde. Beim Internet waren es hingegen nur noch vier Jahre. Dies ist nur ein Beispiel einer allgemein zu beobachtenden Beschleunigung, die nicht nur in der Wirtschaft zu immer mehr Tempo und immer kürzeren Produktzyklen führt.

Bewertung: Die derzeitigen soziokulturellen Veränderungen in den Entwicklungsländern sind dem europäischen Beobachter nicht völlig fremd: Wie einst in Europa, so ist heute weltweit eine dramatische Entbäuerlichung bzw. Verstädterung mit den kulturellen Begleiterscheinungen zu erkennen sowie eine breitenwirksame Alphabetisierung, als deren Ergebnis die Politisierbarkeit von größeren Bevölkerungsgruppen steht. Die Folgen sind in der Regel gesellschaftspolitische Konflikte und "Kulturkämpfe" innerhalb der jeweiligen Gesellschaften als auch innerhalb der Weltgesellschaft, nicht aber in erster Linie der viel zitierte "Kampf der Kulturen" (Samuel Huntington) zwischen kulturell definierten Großregionen (siehe Politik und Unterricht).

7. Globalisierung der Bildung

➤ 5 Ebenen (siehe Hrg. Gräbe: Hubert Laitko):

- I. Die sukzessive Umwandlung von Wissenspaketen und Bildungsleistungen in Waren (Kommodifizierung), deren Umsatz den Regularien des Marktes – und dabei in letzter Instanz des Weltmarktes – gehorcht.
- II. Integration der technischen – insbesondere der informations- und kommunikationstechnischen – Infrastruktur der Globalisierung mit ihren Funktionen weltweiten multimedialen Austausches in die Bildungsprozesse.
- III. Vordringen der englischen Sprache als „Lingua Franca“ der Globalisierung.
- IV. Entwicklung eines internationalen Monitoring der Bildungssysteme, das ihren fortwährenden Leistungsvergleich und die universelle Orientierung an akzeptierten Vorbildern ermöglicht.
- V. Zielstrebig vorgenommene länderübergreifende Angleichung und Normierung der Bildungssysteme, Herstellung universeller Austauschbarkeit von Bildungsmodulen und Abschlüssen.

Quellen:

- Bpb, Team Global, Dimensionen der Globalisierung <http://www.bpb.de/veranstaltungen/netzwerke/teamglobal/67276/globalisierung>
- Bpb: politische Optionen für die Nutzung von Globalisierung <http://www.bpb.de/apuz/27835/politische-optionen-fuer-die-nutzung-von-globalisierung?p=all> (stramm marktliberal, aber trotzdem differenzierte Argumentation)
- Bpd: http://www.bpb.de/wissen/JSKFLK,0,0,Kulturelle_Globalisierung.html
- Politik und Unterricht: http://www.politikundunterricht.de/4_03/bau_b.htm
- Bildung <https://www.hg-graebe.de/Texte/RLKonf-2005/laitko-05-1.pdf>

Recht: <http://www.ruhr-uni-bochum.de/rsozinfo/pdf/Roehl-Magen-Globalisierung.pdf>